

Die Energiepolitik der Zukunft

Stabile niedrige Strompreise mit Atomstrom? „Falsch!“, behauptet das Freiburger Öko-Institut

Freiburg. Nach der Eröffnung der Tagung durch Hannegret Hönes, Vorstandsmitglied des Öko-Instituts, sprach Freiburgs Oberbürgermeister Salomon sein Grußwort. Darin betonte er, dass die Stadt Freiburg ihren guten Ruf als „Umwelthauptstadt“ den zwei „Geschichten“ verdanke: dem erfolgreichen Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyl und dem internationalen Ansehen des seit 1977 auf über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewachsenen Öko-Instituts.

Bis 2010 werde Freiburg zehn Prozent seiner Energie aus erneuerbaren Energiequellen beziehen. Um das Ziel zu erreichen, müssten sich alle Parteien in Freiburg mehr anstrengen. Und, so der Oberbürgermeister, er könne versichern, dass selbst die Freiburger CDU dabei mitmache. Als „erstrangigen Standortfaktor für Freiburg“ bezeichnete er die regenerativen Energien. So seien in Freiburg und Region zahlreiche Arbeitsplätze entstanden durch die Solar- und Windkraftindustrie.

Für die Europäische Union berechnete Eurosolar, die Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien, 1997 bei einer Verdreifachung des Anteils erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2010 etwa 100.000 neue Arbeitsplätze für



Das Öko-Institut wird seine neuen Büroräume im Sonnenschiff in Freiburg im Juli beziehen.

Foto: nie

Deutschland: 50.000 Stellen für die Produktion von Windkraftanlagen, weitere 30.000 für Aufstellung, Betrieb und Wartung, 14.000 Arbeitsplätze für die Photovoltaik. Mit Solartermie will die Umweltinitiative der Wirtschaft bis zum Jahr 2010 weitere 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Zudem errechnete die IG Metall in ihrer Studie „Energiearbeitsplätze der Zukunft“ (1999), dass erneuerbare Energien um das Fünfzehnfache mehr Arbeitsplätze schaffen als die Kernenergie.

Ein verbreitetes Argument der Kernkraftbefürworter für den Strom aus dem Atomkraftwerk sind geringe Strompreise und

Preisstabilität. „Falsch!“, behauptet das Öko-Institut. Michael Sailer, stellvertretender Geschäftsführer, und Veit Bürger vom Referat Energie und Klimaschutz, erklärten, dass die Strompreise sich aus den Erzeugungskosten für den Strom von Steinkohle- und Gaskraftwerken ergeben. Wenn die Brennstoffpreise steigen würden und damit die Erzeugungskosten, stiege auch der Strompreis auf dem Großhandelsmarkt. Auch Betreiber von Atomstrom würden dann höhere Preise verlangen.

Eine vom Deutschen Atomforum beauftragte Studie „Meinungsklima Kernenergie 2004“ zeigt, dass

in der deutschen Bevölkerung Kernenergie nicht gefragt ist. Sonnenenergie steht auf dem ersten Platz der Beliebtheitskala mit 71 Prozent, gefolgt von Windenergie mit 57 Prozent. Den dritten Platz belegt die Wasserkraftenergie. Erst auf dem vierten Platz folgt die Kernenergie, immerhin noch vor Erdöl und Kohle. (nie)

Mehr Infos zur Kernenergie in der neuen Broschüre „Risiko Kernenergie. Es gibt Alternativen!“ des Öko-Instituts; kostenfrei bei: Öko-Institut, Geschäftsstelle Freiburg, Postfach 6226, 79038 Freiburg, telefonisch vormittags unter 07 61/4 52 95-24.